

Jahresbilanz der Sorgenkinder

Während der Bundestag die Bundesregierung zum Handeln in Sachen Frieden auffordert, versinken Sudan und Südsudan immer tiefer im Streit ums Öl.



Die am 9. Juli 2011 ausgerufene Republik Südsudan hatte denkbar schlechte Startbedingungen; es ließ sich befürchten, der neue Staat könne eine »Fehlgeburt« werden. Ende Juni haben die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen gemeinsam die Bundesregierung aufgefordert, im Konflikt des Südsudan mit dem (Nord-) Sudan den »Friedensfahrplan« der Afrikanischen Union aktiv zu unterstützen, drohten die beiden Staaten doch »in einen weiteren Krieg abzugleiten«. Nur zwei Tage nach Einreichen des überfraktionellen Antrags brachen die, im äthiopischen Addis Abeba geführten, Friedensverhandlungen zwischen den Streitparteien bereits wieder in sich zusammen.

Der jüngste Staat der Welt durchlebt eine tiefe Finanzkrise. Der Konflikt mit dem Sudan hat dafür gesorgt, dass Südsudans Einnahmen aus dem Erdöl-

sektor erheblich gesunken sind – auf die das Land zu über 90 Prozent angewiesen war –, weil die Produktion bereits im Januar eingestellt werden musste. Die Hauptstädte Juba und Khartum sind sich uneins über die Gebühren, die Südsudan für den Transport seines Öls durch sudanesishe Pipelines zahlen soll. Südsudans Finanzminister hatte bereits zugesichert, dass aus einem Notbudget zumindest die Gehälter der Staatsbediensteten weiterhin gezahlt würden – allen voran die des Militärs und der Polizei, die angeblich rund 40 Prozent des Etats von etwa 1,3 Milliarden US-Dollar in Anspruch nehmen.

In Sudans Hauptstadt Khartum wiederum dauern seit gut zwei Wochen Proteste gegen Präsident Omar al-Bashir an. Auslöser soll die Aufhebung der staatlichen Treibstoffsubventionen gewesen sein, wie der britische *Guardian* berichtet. **msei/mmo**

Quellen und Links:

[Bericht des *Guardian* vom 28. Juni 2012](#)

[Meldung des südafrikanischen *Independent Online* vom 28. Juni 2012](#)

[Antrag von vier Bundestagsfraktionen vom 26. Juni 2012](#)

[Bericht von *Al Arabiya News* vom 20. Juni 2012](#)

[Kleine Anfrage der Fraktion der Linken vom 30. Mai 2012](#)

[Resolution 2046 \(2012\) des UN-Sicherheitsrats vom 2. Mai 2012](#)

[Hintergrundbericht im *ADLAS*, Ausgabe 1/2011](#)